

## IV Der Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung

Neuanfang unter amerikanischer Flagge

Wiederbelebung sozialdemokratischer Ortsvereine

Wilhelm Hoegners erste Regierungszeit

Die Wiedergründung des bayerischen Landesverbandes der SPD

Der Bayerische Beratende Landesausschuss

Der Weg zur Bayerischen Verfassung

Erster Bayerischer Landtag 1946: Koalition mit der CSU

Bayerns SPD erstmals in der Opposition (1947–1950)

Streitfall Grundgesetz – Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag

Zweiter Bayerischer Landtag 1950: erneute Koalition mit der CSU

Dritter Landtag 1954: die Viererkoalition und ihr Ende

Bayerische Landtagswahl 1958: SPD wieder in der Opposition

Die bayerische SPD und das Godesberger Programm

Fünfter Bayerischer Landtag 1962: Generationswechsel in der SPD

Wirtschaft  
**Wiederaufbau**  
Verwaltung



## Neuanfang unter amerikanischer Flagge

Das Ende der nationalsozialistischen Diktatur

Die Einnahme Bayerns durch US-amerikanische Truppen vollzog sich innerhalb weniger Wochen; sie begann am 25. März 1945 nördlich von Aschaffenburg und endete am 4. Mai mit der Übergabe von Berchtesgaden. Mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 war die zwölfjährige nationalsozialistische Diktatur zu Ende.



**Albert Roßhaupter**  
(Arbeitsminister  
1945–1947)



**Gustav Schiefer**  
(1876–1956)

Die US-Militärbehörden begannen sofort mit dem Aufbau einer entnazifizierten Verwaltung und Wirtschaft. Von Anfang an wirkten dabei auch bayerische Sozialdemokraten entscheidend mit, sei es in öffentlichen Ämtern, in betrieblichen oder in partei- und verbandspolitischen Positionen.

Insbesondere bei der Vergabe der höchsten Ämter griffen die amerikanischen Befreier auf politisch unbelastete Personen mit Regierungs- und Verwaltungspraxis aus der Zeit vor 1933 zurück. So wurde am 28. Mai 1945 Fritz Schäffer, der von 1931 bis 1933 geschäftsführender Leiter des bayerischen Finanzministeriums und Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei (BVP) gewesen war, zum „Temporary Minister-Präsident for Bavaria“ ernannt. Damit besaß Bayern als erstes deutsches Land wieder einen Regierungschef. Schäffer war zwar nicht parlamentarisch legitimiert und an die Weisungen der Militärregierung gebunden, er hatte jedoch das Vorschlagsrecht bei der Berufung der Kabinettsmitglieder.

Bei der Regierungsbildung bevorzugte Schäffer seine alten Parteifreunde, führte aber auch Gespräche mit Kommunisten und – bereits am 19. Mai 1945 – mit dem führenden Gewerkschaftsfunktionär Gustav

Schiefer und mit Thomas Wimmer, dem späteren Oberbürgermeister von München. Die beiden Sozialdemokraten sandten Schäffer am 22. Mai 1945 eine Liste mit Personalvorschlägen „ministrabler“ SPD-Kandidaten, auf der unter anderem die früheren Landtagsabgeordneten Albert Roßhaupter, Wilhelm Hoegner und Georg Hagen notiert waren. Schäffer



Beim Schutträumen half auch der Münchner Oberbürgermeister Thomas Wimmer (Mitte). Rechts neben ihm Stadtrat Gottlieb Branz

## Wiederbelebung sozialdemokratischer Ortsvereine

empfahl der Militärregierung jedoch lediglich die Berufung des allseits angesehenen 67-jährigen Albert Roßhaupter, der als ehemaliger Minister für militärische Angelegenheiten im Kabinett Eisner 1918/19 als Einziger der Genannten über Regierungserfahrung aus der Zeit vor der Diktatur verfügte. Roßhaupter übernahm zunächst die Leitung der Abteilung „Arbeit und Fürsorge“ im Staatsministerium des Innern; mit der Verselbständigung dieser Abteilung zu einem eigenen Ressort am 20. Juni 1945 wurde Roßhaupter Arbeitsminister.

An den Ministerratssitzungen, die bereits seit dem 8. Juni 1945 wieder regelmäßig stattfanden, nahmen später noch zwei weitere Sozialdemokraten teil: Wilhelm Hoegner, der am 6. Juni aus seinem Schweizer Exil nach Bayern zurückgekehrt war und von Schäffer mit dem Wiederaufbau der Justizverwaltung betraut wurde, sowie der Münchner Stadtrat Karl Sebastian Preis als Wohnungs- und Siedlungsreferent.

Schäffers Regierungszeit dauerte aber nur 123 Tage: Auf Befehl von General Dwight D. Eisenhower, dem Militärgouverneur der US-Zone, wurde Schäffer am 28. September 1945 entlassen. Ausschlaggebend hierfür waren zum einen die auch in der amerikanischen Öffentlichkeit vorherrschende Kritik an der bayerischen Entnazifizierungspraxis, zum anderen die einseitig katholisch-konservative Ausrichtung des von Schäffer gebildeten Kabinetts. Noch am selben Tag wurde Wilhelm Hoegner zum neuen Bayerischen Ministerpräsidenten ernannt. Er blieb dies bis zur Wahl des ersten regulären bayerischen Nachkriegs-Landtags im Dezember 1946.

Die amerikanische Militärregierung hatte am 25. Mai 1945 zunächst ausdrücklich alle Parteien und Organisationen verboten. Ziel der Besatzungsbehörden war es, politische Parteien von unten nach oben aufzubauen. Der Wiederaufbau der SPD in Bayern begann denn auch in der Regel dort, wo bis 1933 Ortsvereine bestanden hatten. Meist ließen die früheren Vorsitzenden – wie etwa Thomas Wimmer in München – ihre alten Ämter einfach wieder aufleben. Auch programmatisch konnte nahtlos an die Weimarer Zeit angeknüpft werden. So formulierte der Nürnberger Sozialdemokrat Josef Simon in der Präambel des örtlichen SPD-Programms:

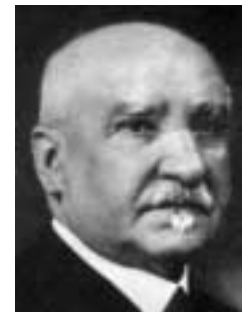
*„Die Sozialdemokratische Partei brauchte weder ihren Namen noch ihr Programm zu ändern. Sie bekannte sich von jeher zur demokratischen Staatsauffassung, zur Völkerverständigung und zur internationalen Zusammenarbeit.“*

In vielen bayerischen Städten wurden Sozialdemokraten aufgrund ihrer anerkannten antifaschistischen Haltung mit öffentlichen Ämtern betraut; in Ansbach, Augsburg und Nürnberg stellten sie den Oberbürgermeister. Auch in Aschaffenburg wurde mit Jean Stock ein Sozialdemokrat als Oberbürgermeister eingesetzt, später Regierungspräsident von Unterfranken und SPD-Fraktionsvorsitzender im ersten Nachkriegslandtag.

Neuaufbau der Parteien von unten nach oben



**Jean Stock** (1893–1965), ab 1919 MdL, 1946 Mitglied VerfgLV, 1946–1950 SPD-Fraktionsvorsitzender.



**Josef Simon** (1865–1949) Nürnberger Sozialdemokrat

## Wilhelm Hoegners erste Regierungszeit

Die Ernennung von Wilhelm Hoegner zum „Minister President of the State of Bavaria“ (also ohne das einschränkende Attribut „temporary“) am 28. September 1945 durchkreuzte die Bemühungen des CSU-Mitbegründers Josef Müller, der selbst Fritz Schäffer nachfolgen wollte. Wie seitens der Militärregierung gewünscht, saßen im neu gebildeten Kabinett Hoegners, der seit dem 18. Oktober 1945 auch als Justizminister fungierte, mehr Politiker des linken Parteienspektrums als zuvor. So leitete Josef Seifried, der schon 1932 der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag angehört hatte, das Innenministerium, der frühe-



Erste Regierung Hoegner 1945: Der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrte Wilhelm Hoegner (sitzend) und das Kabinett (von links): Hans Meinzolt (Staatssekretär), Albert Roßhaupter (Arbeitsminister), Anton Pfeiffer (Staatssekretär), Hans Ehard (Staatssekretär), Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister), Josef Seifried (Innenminister), Franz Fendt (Kultusminister), Fritz Terhalle (Finanzminister), Heinrich Krehle (Staatssekretär), Joseph Baumgartner (Landwirtschaftsminister), Heinrich Schmitt (Sonderminister für Entnazifizierung) und Hans Müller (Staatssekretär)

re Lehrer und Schulexperte Franz Fendt führte das Kultusministerium und Albert Roßhaupter blieb weiterhin an der Spitze des Arbeitsministeriums. Trotz dieses sehr uneinheitlichen Kabinetts aus SPD-, CSU- und KPD-Mitgliedern spielten in der täglichen Regierungsarbeit weltanschauliche Unterschiede kaum eine Rolle.

Am Beginn seiner Amtszeit definierte Hoegner in einer im Rundfunk verlesenen Regierungserklärung vom 22. Oktober 1945 die primäre Aufgabe seines Kabinetts: Überwunden werden sollten der Nationalsozialismus im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sowie dessen weltanschauliche Hinterlassenschaft, die zu einer „sittlichen Verwahrlosung“ geführt habe. Die Bewältigung der Entnazifizierung stand für Hoegner daher an erster Stelle. In seine Amtszeit fiel die definitive gesetzliche Regelung in der US-Zone durch das am 5. März 1946 in München feierlich in Kraft gesetzte „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Weitere wichtige Schwerpunkte seiner ersten Regierungstätigkeit bildeten die Wohnraumbeschaffung, die Unterbringung von Flüchtlingen, die Sicherung der Versorgungslage sowie der personelle und strukturelle Wiederaufbau der bayerischen Verwaltung.

Zudem mussten die rechtlichen Grundlagen für die ersten Kommunalwahlen in Bayern geschaffen werden; die Wahlen in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern am 27. Januar 1946 sollten nach dem Willen der Militärregierung den Anfang machen. Voraussetzung hierfür war aber die rechtzeitige Zulassung von Parteien auch auf Landesebene.

## Die Wiedergründung des bayerischen Landesverbandes der SPD

Die amerikanische Genehmigungspolitik formte die neue Parteienlandschaft in Bayern. Denn nach der Zulassung von CSU und SPD (beide am 8. Januar 1946), KPD (27. Januar 1946), WAV (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung, 25. März 1946) und FDP (15. Mai 1946) auf Landesebene verweigerte die Militärregierung weitere Zulassungen, um eine Parteienzersplitterung wie in der Weimarer Republik zu verhindern. Der Bayernpartei blieb aus diesem Grund bis zum 29. März 1948 ein landesweites Auftreten verwehrt.

Der Aufbau des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei hatte lange vor der offiziellen Lizenzierung eingesetzt. Zur ersten vorbereitenden Besprechung zwischen süd- und nordbayerischen Sozialdemokraten war es schon im Sommer 1945 in Pfaffenhofen gekommen. Organisiert vom sozialdemokratischen Landrat Ernst Vetter fand dort am 11. und 12. November 1945 im „Moosburger Hof“ die erste inoffizielle Landestagung statt. Zwar waren noch keine gewählten Delegierten entsandt worden, aber die wichtigen Parteizentren Augsburg, Ansbach, Nürnberg und München (vertreten durch Thomas Wimmer und Wilhelm Hoegner) nahmen daran teil.

Nicht nur wegen seines Ministerpräsidentenamtes fiel Hoegner dabei die parteipolitische Führungsrolle zu. Er hatte bereits im September 1945 ein Aktionsprogramm zur Zulassung der SPD in München verfasst. Mit seiner an erster Stelle stehenden Forderung nach einer „föderalistischen Gliederung des Reichs“ stellte sich Hoegner bewusst in die Tradition der „königlich-bayerischen Sozialdemokratie“ eines Georg von Vollmar. Diese Überzeugung brachte ihn später zunehm-



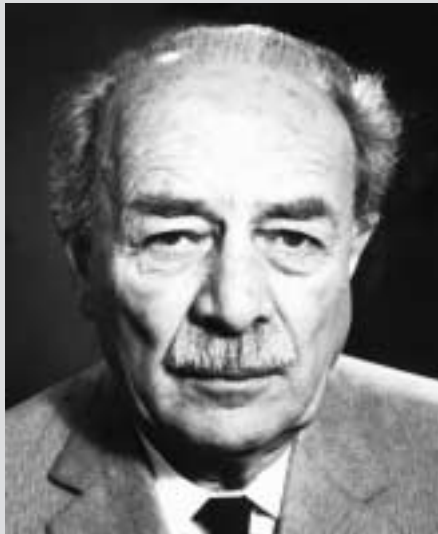
Auf dem Weg zur Volkspartei: Großkundgebung der SPD mit Kurt Schumacher und Wilhelm Hoegner

end in Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher, der weiter den zentralistischen Denkmustern der Weimarer SPD folgte. Hoegner plädierte darüber hinaus (noch) für eine genossenschaftlich-sozialistische Wirtschaftsweise, die er als Gegenkonzept zu Nationalsozialismus und Staatssozialismus stalinistischer Prägung verstand. Zukunftsweisend war dagegen Hoegners deutliche Absage an die SPD als Klassenpartei: „Wir müssen Volkspartei werden!“

„Wir müssen Volkspartei werden!“

### **Wilhelm Hoegner (1887–1980), Vater der Bayerischen Verfassung**

Zu den bedeutendsten Politikern der bayerischen SPD im 20. Jahrhundert gehört zweifellos Wilhelm Hoegner, der dem Landtag insgesamt 32 Jahre lang angehörte (1924–1932 und 1946–1970). Seine historische Leistung in der Zeit als Ministerpräsident der Jahre 1945/46 liegt in der entscheidenden Mitwirkung an der Wiedererrichtung eines lebensfähigen und demokratischen bayerischen Staates. Dessen zukunftsweisende Ausgestaltung prägte er – auch dies einmalig in der Geschichte der SPD – ein zweites Mal als Ministerpräsident der so genannten Vierkoalition (1954–1957).



Gehört zu den bedeutendsten bayerischen Politikern des 20. Jahrhunderts: Wilhelm Hoegner

Wilhelm Hoegner wurde am 23. September 1887 als siebtes von dreizehn Kindern einer Münchner Eisenbahnerfamilie geboren. Er besuchte Gymnasien in Burghausen und München. Seine juristischen Studien in Berlin, Erlangen und München schloss er 1917 – nach der bereits 1912 erfolgten Promotion zum Doktor der Jurisprudenz – mit der Großen Juristischen Staatsprüfung ab. Von 1920 bis 1933 arbeitete er als Staatsanwalt und Richter in München (zuletzt als Landgerichtsrat). Aus seiner 1918 geschlossenen Ehe mit Anna Wöock (1892–1984) gingen zwei Kinder hervor.

Hoegner, der 1919 Mitglied der SPD geworden war, machte sich bereits als Landtagsabgeordneter 1924 einen Namen, als er einen Untersuchungsausschuss über die Hintergründe des Hitlerputsches vom 9. November 1923 beantragte, in dem er dann die Verbindungen von Polizei, Reichswehr und Schwerindustrie zum Nationalsozialismus aufdeckte (siehe Kapitel 2). Von 1930 bis 1933 war Hoegner auch Mitglied des Reichstages. Wegen seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus wurde Hoegner aus dem Staatsdienst entlassen und musste im Juni 1933 nach Tirol fliehen, im Februar 1934 in die Schweiz (vgl. Kapitel 3). Dort arbeitete er die Grundzüge einer neuen Bayerischen Verfassung aus, wobei er Anregungen aus dem föderalistischen Staatsrecht seines Gastlandes übernahm.

Nach seiner Rückkehr im Juni 1945 wurde er zunächst mit dem Wiederaufbau der bayerischen Justizverwaltung betraut. Am 28. September 1945 ernannte ihn die amerikanische Militärregierung zum Ministerpräsidenten, gleichzeitig führte er das Justizministerium. In seine Amtszeit fiel das Inkrafttreten der Bayeri-

schen Verfassung, die er in verschiedenen Gremien – vor allem in der Verfassunggebenden Landesversammlung – mitgestaltet hatte. Unter seiner Federführung wurden auch die bayerischen Kommunalgesetze ausgearbeitet. Im August 1946 wurde Hoegner zum Honorarprofessor für Bayerisches Verfassungsrecht an der Universität München berufen.

Eine führende Rolle spielte Hoegner auch in der bayerischen SPD, zu deren Landesvorsitzenden er am 2. Februar und erneut am 4. Mai 1946 gewählt wurde. Nach der ersten Landtagswahl behielt Hoegner (zunächst Stimmkreis Burghausen-Altötting, später München XI) in der am 22. Dezember 1946 gebildeten Koalitionsregierung das Justizministerium und wurde stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett von Hans Ehard. Sein unbedingtes Festhalten an der Koalition mit der CSU führte zu seiner Abwahl aus dem Parteivorstand am 11. Mai 1947, neuer Landesvorsitzender wurde nun Waldemar von Knoeringen. Am 20. September 1947 trat Hoegner mit den anderen sozialdemokratischen Ministern aus der Regierung Ehard aus. Bereits einen Tag später übernahm er das Amt eines Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München, ein Jahr später war er Staatsrat und Generalstaatsanwalt beim Bayerischen Obersten Landesgericht. Nach der Landtagswahl 1950 kehrte Hoegner als stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister in das Kabinett Ehard zurück.

Im Jahr 1954 wurde Hoegner nach der Landtagswahl Chef einer aus SPD, BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), Bayernpartei und FDP gebildeten Regierungskoalition. Wegen Differenzen in den eigenen Reihen geriet er in eine schwere Krise

und trat am 8. Oktober 1957 als Bayerischer Ministerpräsident zurück. Dem Bayerischen Landtag gehörte er weiterhin als SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheitsfragen an (1958–1962), in der 4. und 5. Legislaturperiode amtierte er als Vizepräsident (1962–1970). Nach der Bundestagswahl 1961 übernahm er für ein Jahr auch ein Mandat im Bonner Bundestag.

Außer seinem fachwissenschaftlichen Kommentar zur Bayerischen Verfassung im Jahr 1965 veröffentlichte Hoegner unter dem Titel „Der schwierige Außenseiter“ seine sehr lesenswerten Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. Am 5. März 1980 ist Wilhelm Hoegner in München gestorben.

Zur Erinnerung an Wilhelm Hoegner verleiht die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag alljährlich einen nach ihm benannten Preis, der 1987 zu seinem 100. Geburtstag gestiftet wurde. Mit diesem Wilhelm-Hoegner-Preis wird das gesellschaftliche und politische Engagement von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewürdigt. Zu den bisherigen Preisträgern zählen Hubert Weinzierl (Ehrenvorsitzender des Bundes Naturschutz), Kabarettist Dieter Hildebrandt, die Musiker Hans, Michael und Christoph Well („Biermösl Bloßn“) sowie die Politiker Hildegard Hamm-Brücher und Hans-Jochen Vogel.



Ministerpräsident in charmanter Begleitung: Hoegner mit der persischen Kaiserin Soraya beim Galadiner (1955)



Alphornbläser-Ständchen zum Geburtstag: Am 23. September 1967 wurde Wilhelm Hoegner 80 Jahre alt. Mit ihm freut sich seine Frau Anna.

Heimatvertriebene  
Sozialdemokraten  
gründen viele  
Ortsvereine

Auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms hatte die bayerische SPD ihre Zulassung als Landespartei erlangt. Die erste Landestagung nach der Zulassung am 8. Januar 1946 fand am 2. Februar 1946 wiederum in Pfaffenhofen statt. Zum Landesvorsitzenden wurde unangefochten Wilhelm Hoegner gewählt. Die Aufgabe des provisorischen Landesvorstandes war es vor allem, eine aus Delegierten bestehende Landeskonferenz vorzubereiten, die dann am 13. und 14. April 1946 in Erlangen stattfand. Der dort durch Wahl bestimmte Landesvorstand wählte in seiner ersten Sitzung am 4. Mai 1946 Wilhelm Hoegner erneut zum Landesvorsitzenden.

Damit war die Wiedergründung des bayerischen Landesverbandes abgeschlossen, nicht aber die Neuorganisation der Ortsvereine. Hierbei halfen die vielen Sozialdemokraten unter den mehr als zwei Millionen Heimatvertriebenen, die vor allem aus dem Sudetenland und aus Schlesien nach Bayern gekommen waren: Sie gründeten, wo immer sie angesiedelt wurden, neue Ortsvereine. Durch diese Neu Gründungen hat sich damals die Zahl der sozialdemokratischen Ortsvereine gegenüber der Zeit vor 1933 fast verdoppelt. Bis Ende 1948 stieg die Zahl der SPD-Mitglieder in Bayern auf über 120.000 an, ein Viertel davon waren Sudetendeutsche. Bis 1954 sank die Mitgliederzahl des Landesverbandes allerdings auf 81.000, danach stieg sie kontinuierlich an und überschritt 1962 wieder die 100.000.

### Vorparlament: der Bayerische Beratende Landesausschuss

Obwohl auch Hoegners Regierung nicht parlamentarisch legitimiert war, versuchte er doch eine Demokratisierung seiner Politik. Ein erster Schritt hierzu war die Schaffung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses. Allerdings wies ein am 1. Februar 1946 in Kraft getretenes Gesetz diesem Gremium nur eine beratende Funktion vor dem Erlass wichtiger Gesetze und vor der Festlegung des Haushaltsplanes zu. Der Landesausschuss sollte aus nicht mehr als 130 Mitgliedern bestehen, was in etwa der Größe des letzten Bayerischen Landtages vor 1933 entsprach. Die vom Ministerpräsidenten ernannten Mitglieder (darunter 31 Sozialdemokraten) setzten sich aus Vertretern der zugelassenen politischen Parteien, der Berufsstände, der Hochschulen, der Kirchen sowie der Städte, Landkreise und ländlichen Gemeinden zusammen. Zum Präsidenten dieses „Vorparlamentes“ berief Hoegner den letzten Bayerischen Landtagspräsidenten der Weimarer Republik, den früheren BVP-Politiker Georg Stang; Vizepräsident wurde Georg Hagen, sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Kulmbach und bereits vor 1933 Mitglied des Bayerischen Landtages.

Da das alte Parlamentsgebäude an der Prannerstraße im Krieg völlig zerstört worden war, fanden die insgesamt drei Tagungen des Gremiums in der Aula der Münchner Universität (26.–28. Februar und 12./13. Juni 1946) und im Hotel „Bayerischer Hof“ (9. April) statt. Die Beratungen im Februar und im Juni standen im Zeichen der politischen Berichterstattung des Ministerpräsidenten sowie der einzelnen Minister und Staatssekretäre, die zweite Tagung befasste sich ausschließlich mit der Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes.

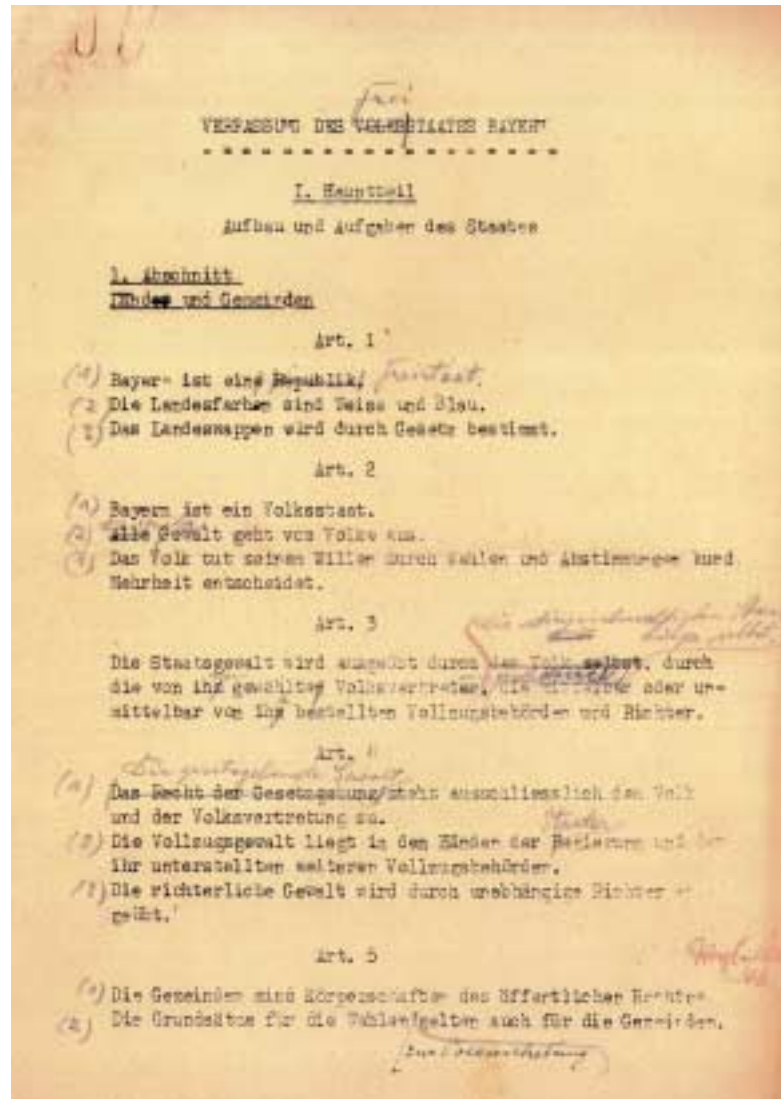


Das Vorparlament tagte im Februar und Juni 1946 in der Aula der Münchner Universität.

## Der Weg zur Bayerischen Verfassung

Parallel zum Bayerischen Beratenden Landesausschuss bildete Hoegner auf Initiative der Militärregierung im Februar 1946 einen neunköpfigen Vorbereitenden Verfassungsausschuss. Neben drei Delegierten der CSU (darunter Justizstaatssekretär Hans Ehard) und Heinrich Schmitt von der KPD war die SPD mit Innenminister Josef Seifried, Arbeitsminister Albert Roßhaupter und dem Zweiten Münchner Bürgermeister Thomas Wimmer vertreten. Auf der konstituierenden Sitzung des Gremiums am 8. März 1946 legte Hoegner einen Entwurf der „Verfassung des Volksstaates Bayern“ vor, der auf seine Arbeiten im Exil zurückging. Die nun folgenden Beratungen in 15 Sitzungen dauerten bis zum 24. Juni 1946. Der erarbeitete Verfassungsentwurf ging zwar auch an die Mitglieder des Bayerischen Beratenden Landesausschusses, wurde dort jedoch nicht diskutiert. Diese Aufgabe kam der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung zu, die am 30. Juni 1946 gewählt wurde.

Bei diesen ersten freien landesweiten Wahlen nach 14 Jahren erreichte die SPD 28,8 Prozent der Stimmen und erlangte 51 der 180 Mandate. (Zum Vergleich: Von den 128 Abgeordneten des Bayerischen Landtages 1932/33 waren nur 20 Mitglieder der SPD-Fraktion.) 13 der 51 SPD-Abgeordneten hatten bereits dem Bayerischen Landtag zwischen 1919 und 1933 angehört, 15 Mitglieder waren auch im Bayerischen Beratenden Landesausschuss vertreten gewesen. Mit drei Frauen (unter ihnen Rosa Aschenbrenner) stellte die SPD-Fraktion die Hälfte aller weiblichen Abgeordneten in der Landesversammlung. Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde zunächst Albert Roßhaupter, der die sozialdemokratische Parlamentstradi-



Entwurf für die Bayerische Verfassung mit handschriftlichen Änderungen von Wilhelm Hoegner

## DER WIEDERAUFBAU VON WIRTSCHAFT UND VERWALTUNG



Der Nürnberger Parteisekretär Franz Haas wurde Fraktionsvorsitzender in der Landesversammlung.



**Georg Hagen** (1887–1958), Lehrer in Kulmbach, SPD-Vors., 1932–33 MdL, 1933 und Aug. 1944 Verhaftung, ab 1945 Oberbürgermeister von Kulmbach, 1946 Mitglied VerfgLV, bis 1958 MdL, erster Vizepräsident des Landtags.

tion in Bayern personifizierte: Noch am 29. April 1933 hatte Roßhaupter als Fraktionsvorsitzender die ablehnende Haltung der Landtagsfraktion gegen das bayerische Ermächtigungsgesetz begründet (vgl. Kap. 3).

Die Beratungen der Verfassunggebenden Landesversammlung fanden vom 15. Juli bis zum 26. Oktober 1946 wieder in den Räumen der Münchner Universität statt. Den Vorsitz hatte Michael Horlacher (CSU) inne; die SPD stellte mit dem Nürnberger Gewerkschafter Matthäus Herrmann den Vizepräsidenten. Zentrales Gremium der Verfassunggebenden Landesversammlung war jedoch der aus 21 Mitgliedern bestehende Verfassungsausschuss. Ihm gehörten aus der SPD-Fraktion – wie schon im Vorbereitenden Verfassungsausschuss – Wilhelm Hoegner als Meinungsführer und die beiden Minister Roßhaupter und Seifried sowie der Münchner Bürgermeister Wimmer an, hinzu kamen aus Franken Wilhelm Fischer und Claus Pittroff.

Bei einigen Verfassungsfragen gab es unter den Abgeordneten der Landesversammlung – auch innerhalb ihrer jeweiligen Parteien – heftige Konflikte. So plädierte etwa Wilhelm Hoegner vehement für das Amt eines Bayerischen Staatspräsidenten, lehnte aber – dies ein weiterer Streitpunkt – die Errichtung einer Zweiten Kammer ebenso entschieden ab. Die SPD-Fraktion rückte dabei immer stärker von der politischen Linie der SPD-Regierungsmitglieder ab. Dies kam auch durch einen Wechsel an der Fraktionsspitze zum Ausdruck: Ab der vierten Plenumsitzung übernahm der Nürnberger Parteisekretär Franz Haas den Fraktionsvorsitz.



Bayerische Verfassunggebende Landesversammlung

Die zentrale Frage eines Bayerischen Staatspräsidenten gelangte im Plenum am 12. September 1946 zur Abstimmung und wurde mit 85 zu 84 Stimmen abgelehnt. Aus der SPD-Fraktion stimmten nur die vier



So konnten Bayerns Bürgerinnen und Bürger am 30. Juni 1946 über die Verfassunggebende Landesversammlung abstimmen.

## Erster Bayerischer Landtag 1946: Koalition mit der CSU

Regierungsmitglieder (also Hoegner, Roßhaupter, Seifried und Fendt) sowie der Abgeordnete Hans Gentner für die Schaffung dieses Amtes.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen CSU und SPD gab es auch in der Frage des Wahlrechts und bei der Formulierung des Schulartikels. Obwohl die SPD in der Landesversammlung nicht die Mehrheit hatte, konnte sie aufs Ganze gesehen zusammen mit der CSU etwa die Hälfte ihrer Vorstellungen in die Verfassungsberatungen einbringen. Eindeutig sozialdemokratisch geprägt sind beispielsweise der Verfassungsabschnitt „Wirtschaft und Arbeit“, dem – ganz zeitgemäß – ein lenkungs-, kein planwirtschaftliches Ordnungskonzept zugrunde liegt (Art. 152), die Bestimmungen über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 158) und ebenso das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer (Art. 175). Besonders erwähnt sei auch der von Hoegner formulierte Art. 141 über den Natur- und Denkmalschutz, der in Absatz 3 den Genuss der Naturschönheiten, die Erholung in der freien Natur und den freien Zugang zu den Bergen, Flüssen und Seen für die Allgemeinheit sicherstellt (siehe Kapitel 5).

Bei der Schlussabstimmung am 26. Oktober 1946 wurde der ausgearbeitete Verfassungsentwurf mit 136 gegen 14 Stimmen angenommen. Beim anschließenden Volksentscheid am 1. Dezember 1946, bei dem erstmals in der bayerischen Geschichte das „Staatsvolk“ selbst über seine Verfassung entscheiden konnte, erhielt die Bayerische Verfassung bei einer Wahlbeteiligung von rund 75 Prozent die Zustimmung von 70,6 Prozent der Bevölkerung.

Zugleich mit dem Verfassungsreferendum fand am 1. Dezember 1946 auch die erste freie Landtagswahl seit 14 Jahren statt. Mit 52,3 Prozent der Stimmen gewann die CSU die absolute Mehrheit (104 von 180 Sitzen), die SPD erzielte 28,6, die WAV 7,4, die KPD 6,1 und die FDP 5,7 Prozent.

Die 54 Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion – unter ihnen übrigens keine einzige Frau – wählten den Aschaffener Jean Stock zum Vorsitzenden, sein Stellvertreter wurde Waldemar von Knoeringen, der innerhalb von Fraktion und Partei zunehmend an Ansehen gewann.

In der konstituierenden Sitzung des Bayerischen Landtages am 16. Dezember 1946 in der Aula der Münchner Universität trat das Kabinett von Wilhelm Hoegner zurück. Obwohl er rechtlich nur der Militärregierung gegenüber verantwortlich war, legte Hoegner dem Landtag in Form einer Regierungserklärung einen Rechenschaftsbericht vor. Dieses Vorgehen stellte einen weiteren Schritt der von ihm bewusst herbeigeführten, gleitenden Parlamentarisierung dar.

Der erste Bayerische Landtag wählte den CSU-Abgeordneten Michael Horlacher zu seinem Präsidenten, Stellvertreter Horlachers wurde der Kulmbacher SPD-Oberbürgermeister Georg Hagen, der dieses Amt bis zu seinem Tod am 18. November 1958 innehatte. Die folgenden SPD-Abgeordneten leiteten 5



Erste Landtagswahl in Bayern nach dem Krieg. Wilhelm Hoegner gibt seine Stimme ab. Zugleich wurde über die Bayerische Verfassung abgestimmt.

Ein Rechenschaftsbericht  
als Regierungserklärung



**Hans Gentner**  
(1877–1953), 1908–1920  
und 1928–1933 MdL,  
1946–1947 Staats-  
sekretär.

Die SPD-Vorsitzenden  
der Landtagsausschüsse

Vertrauensbeweis  
der SPD für CSU-Mann  
Hans Ehard

Neuer  
Wirtschaftsminister:  
Rudolf Zorn

**Rudolf Zorn** (1893–1966),  
Verwaltungsjurist aus  
Kempten; als Student Beitritt  
zur SPD, vor 1933 im bayer.  
Innenministerium und in der  
Kommunalverwaltung tätig,  
zuletzt rechtskundiger Bürger-  
meister in Oppau/Pfalz;  
1933 Entlassung und Schutz-  
haft, ab 1934 Industrieange-  
stellter in Dresden; Herbst  
1946 Flucht nach Bayern,  
1946–1947 und 1950–1951 bayerischer Wirtschafts-  
minister, ab 1949 Vorsitzender des Bayerischen  
Sparkassen- und Giroverbands.



der 16 Landtagsausschüsse: der Münchberger Land-  
rat Friedrich Zietsch (Ausschüsse für Wahlprüfung  
und Entnazifizierungsfragen), der Traunsteiner Josef  
Kiene (Ernährung und Landwirtschaft) und der  
Münchener Staatswissenschaftler Arnold Hille (Ge-  
schäftsordnung sowie Rechts- und Verfassungsfragen).

Bei der Ministerpräsidentenwahl am 21. Dezember  
1946 konnte sich die in zwei Flügel gespaltene CSU  
nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.  
Daraufhin wurde der bis dahin eher unbekannt  
CSU-Politiker Hans Ehard mit den Stimmen der ge-  
samten SPD-Fraktion gewählt. Für Ehard lag es nicht  
nur wegen dieses Vertrauensbeweises der SPD nahe,  
eine große Koalition zu bilden: Er war genau wie  
Hoegner davon überzeugt, dass angesichts der drän-  
genden Probleme der Nachkriegszeit die beiden gro-  
ßen Volksparteien in die Pflicht der Regierungsver-  
antwortung genommen werden sollten. Wilhelm  
Hoegner, dem Hans Ehard als ebenso überzeugter  
Föderalist zeitlebens auch menschlich sehr verbunden



Die einzige bekannte (Teil)aufnahme des Kabinetts Ehard  
zeigt Ministerpräsident Hans Ehard nach der Vereidigung  
am 21. Dezember 1946. Die Mitglieder von links: Joseph  
Baumgartner (CSU), Staatsminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten; Albert Roßhaupter (SPD),  
Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, Alois  
Hundhammer (CSU), Staatsminister für Unterricht und  
Kultur; Ministerpräsident Hans Ehard (CSU); Josef Seifried  
(SPD), Staatsminister des Innern; Wilhelm Hoegner (SPD),  
Staatsminister der Justiz; Alfred Loritz (WAV),  
Staatsminister für Sonderaufgaben

war, gehörte dessen erstem Kabinett als Justizminister  
und stellvertretender Ministerpräsident an – diese  
Konstellation wiederholte sich im dritten Kabinett  
Ehards nach 1950 ein weiteres Mal.

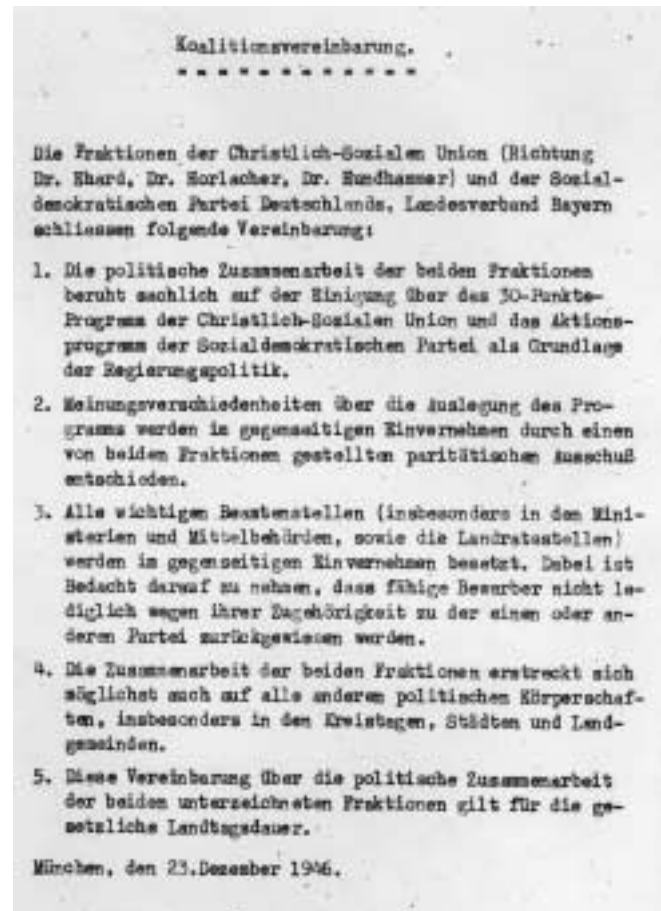
Außer mit Hoegner war die SPD in Ehards erstem  
Kabinett wieder mit Josef Seifried als Innen- und mit  
Albert Roßhaupter als Arbeitsminister vertreten.  
Neuer Wirtschaftsminister wurde – auf Anraten  
Knoeringens – der erst im Herbst 1946 nach Bayern  
gekommene Rudolf Zorn, der Leiter des Amtes für  
Vermögensverwaltung. Da Zorn kein Landtagsman-  
dat besaß, war er zu dieser Zeit vielen Mitgliedern der  
SPD-Fraktion noch unbekannt. Später trug Zorns  
Politik viel zum marktwirtschaftlichen Denken auch

innerhalb der SPD bei. Die drei sozialdemokratischen Staatssekretäre Claus Pittroff (Kultusministerium), Hans Gentner (Landwirtschaftsministerium; dort war er als Staatsrat bereits 1918/19 Mitglied der Regierung Eisner gewesen) und Arthur Höltermann (Sonderministerium) vervollständigten das Koalitionskabinett.

Unter gegenseitiger Anerkennung des von der SPD-Landeskonferenz am 14./15. Dezember 1946 beschlossenen Aktionsprogramms und eines „30-Punkte-Programms“ der CSU entwarfen beide Parteien am 23. Dezember 1946 eine Koalitionsvereinbarung. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CSU unterzeichneten diesen Vertrag am 28. Januar 1947.

Da in der Koalition jedoch statt der Umsetzung von Parteiprogrammen viel mehr ein konstruktives und pragmatisches Arbeiten im Vordergrund stand, fehlte innerhalb der Anhängerschaft von CSU und SPD auch noch nach einigen Monaten jegliche Regierungsakzeptanz. Zudem misstraute der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Schumacher dem föderalistischen Kurs Hoegners schon seit längerem und hätte die bayerische SPD lieber in der Opposition gesehen, um eine sozialdemokratische Politik besser verdeutlichen zu können. Auf der Landeskonferenz der bayerischen SPD am 10./11. Mai 1947 in Landshut bekam Hoegner die innerparteiliche Ablehnung zu spüren: Die Delegierten wählten statt seiner Waldemar von Knoeringen zum Landesvorsitzenden. Zwar musste sich Knoeringen noch auf dem Parteitag einer heftigen Diskussion über die von ihm – wenn auch nicht bedingungslos – befürwortete Regierungsbeteiligung stellen, aber mit einer vom Landesvorstand beantragten Resolution konnte der Austritt aus der Koalition gegen 52 Stimmen noch einmal abgewendet werden. Drei Tage später sandte Knoeringen ein neues Arbeitsprogramm der SPD-Fraktion an Ministerpräsident Ehard und forderte ultimativ neue Koalitionsgespräche. Diese fanden zwar am 15. und 17. Juli statt, verliefen jedoch völlig unbefriedigend.

In jenen Tagen läuteten auch die Entwicklungen im vereinigten Wirtschaftsgebiet der amerikanischen und britischen Zone das Ende der Koalition mit der CSU in Bayern ein. In Frankfurt/M. war im Juni 1947 ein 52-köpfiger Wirtschaftsrat als Parlament der Bizone ins Leben gerufen worden. Dieser Wirtschaftsrat bestand aus von den Abgeordneten der verschiedenen Länderparlamente gewählten Parteivertretern und war eine der entscheidenden



Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CSU vom 23. Dezember 1946

Auf Druck  
Kurt Schumachers  
in die Opposition

Stationen auf dem Weg zur Bildung eines Weststaates. Der Bayerische Landtag hatte am 20. Juni 1947 die zwölf ihm zustehenden Vertreter gewählt, unter ihnen die SPD-Abgeordneten Valentin Baur und Gerhard Kreyssig (beide später Bundestagsabgeordnete) sowie Georg Reuter. Bei einer am 23./24. Juli 1947 stattfindenden Debatte im Wirtschaftsrat, in der es um die personelle Besetzung der Direktorenposten der fünf Zentralämter – der eigentlichen Exekutive der Bizone – ging, gelang es der SPD-Fraktion nicht, einen sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektor durchzusetzen. Unter dem Druck Kurt Schumachers überließ die SPD daraufhin die Exekutive völlig der CDU/CSU und entschied sich für die Rolle einer „praktischen, konstruktiven Opposition“.

Auswirkungen auf die  
bayerische SPD

Die Auswirkungen dieser Haltung auf die bayerische SPD ließen nicht lange auf sich warten. Formulierungen von Ministerpräsident Ehard in seiner Grundsatzzrede am 30. August 1947 vor der Landesversammlung der CSU in Eichstätt, in denen er Sozialismus mit Kommunismus gleichgesetzt und als unvereinbar mit der Demokratie bezeichnet hatte, boten den Anlass für die SPD-Fraktion, die Koalition aufzukündigen – allerdings gegen den Willen Wilhelm Hoegners. Der Landesvorstand der bayerischen SPD befürwortete auf seiner Sitzung am 13./14. September den Koalitionsaustritt, und am 15. September überreichten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ihre Rücktrittsgesuche, denen der Landtag am 20. September zustimmte. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Landtagsauflösung wurde jedoch von der CSU-Mehrheit mit 129 zu 49 Stimmen abgelehnt.

### Bayerns SPD erstmals in der Opposition (1947–1950)

Für die restlichen drei Jahre der ersten Legislaturperiode verblieb die SPD-Fraktion gegenüber der CSU-Regierung unter Ministerpräsident Ehard in der Opposition. In seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten verzichtete der SPD-Fraktionsvorsitzende Jean Stock am 30. Oktober 1947 aber weitgehend auf Polemik. Angesichts der besonderen Notlage der bayerischen Bevölkerung vor dem dritten Nachkriegswinter sicherte er der Regierung sogar die Solidarität der Opposition zu, die generell ihre Aufgabe darin sehe, „die Regierung zu größter Anstrengung zur Überwindung aller Schwierigkeiten anzuspornen“.

Tatsächlich hatte sich die bayerische SPD jedoch durch ihren Rückzug aller konkreten Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten beraubt. Die vielen progressiven Gesetzesvorschläge, Interpellationen, Anträge und Anfragen, die die SPD-Fraktion in diesen drei Jahren einbrachte, verpufften zumeist als „bloß propagandistische Luftblasen“. Die größte politische Wirkungsmöglichkeit bot in dieser Situation das parlamentarische Mittel des Untersuchungsausschusses – die Mehrzahl der zehn bewilligten Anträge kam von Seiten der SPD-Fraktion.

Obwohl formell nur stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wurde in dieser Zeit Waldemar von Knoeringen eindeutig zur bestimmenden Persönlichkeit innerhalb der SPD-Landtagsfraktion, zumal Jean Stock im August 1948 in den Parlamentarischen Rat in Bonn gewählt worden war. Innerparteilich ist mit Knoeringen der Beginn der intellektuellen Erneuerung der bayerischen SPD anzusetzen: Auf seine Ini-

tiative zurück geht etwa die Gründung der Georg-von-Vollmar-Schule (ab 1968: -Akademie), die am 25. Juli 1948 ihren Seminarbetrieb auf Schloss Aspenstein am Kochelsee aufnahm.



Die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel geht auf eine Initiative Waldemar von Knoeringens zurück.

Den entscheidenden Hebel, mit dem die SPD in Bayern schnell wieder mehrheitsfähig werden könnte, sah Knoering in der „Beseitigung des Wohnungselendes“ (Artikel 13 des Aktionsprogramms der SPD vom Dezember 1946) durch sozialen Wohnungsbau. In enger Zusammenarbeit mit dem ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Rudolf Zorn entwickelte er ein eigenes Wiederaufbauprogramm. Der so genannte „Aufbauplan A“, mit dem die Vorstellungen der bayerischen SPD bezüglich demokratischer Planung und regulierter Marktwirtschaft realisiert werden sollten, wurde mit zwei im Mai und August 1948 in hohen Auflagen erscheinenden Broschüren und zahlreichen Werbekampagnen publik gemacht. Dieses Programm erschien denn auch so erfolgversprechend, dass es auf Regierungsseite hektische Aktivitäten auslöste.

## Streitfall Grundgesetz – Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag

Die Ausarbeitung eines Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland oblag dem von den westlichen Länderparlamenten gewählten und aus 65 Mitgliedern bestehenden Parlamentarischen Rat in Bonn. Der Bayerische Landtag bestimmte am 25. August 1948 die dreizehn auf den Freistaat entfallenden Vertreter. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte zunächst einstimmig Wilhelm Hoegner und Josef Seifried nominiert, die dann aber beide wegen der zu erwartenden Differenzen mit der Gesamtpartei auf ihre Wahl verzichteten. Als bayerische SPD-Vertreter wurden (der spätere Bundestagsabgeordnete) Willibald Mücke, Hannsheinz Bauer, Jean Stock und Albert Roßhaupter (nach dessen Erkrankung rückte Seifried doch noch nach) gewählt. Nach der Eröff-

Bayerische  
SPD-Abgeordnete im  
Parlamentarischen Rat



Vorstellung des Aufbauplans A auf einer Kundgebung in Nürnberg am 13. Juni 1948

nungssitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 bildeten diese vier mit 23 weiteren Sozialdemokraten aus den anderen Länderparlamenten unter dem Vorsitz des Tübinger Justizministers Carlo Schmid eine Fraktion.

Wegen der unterschiedlichen verfassungspolitischen Vorstellungen der Parteien zogen sich die Beratungen über das Grundgesetz länger hin als ursprünglich geplant. Vor allem um die Ausgestaltung der bundesstaatlichen Ordnung gab es hitzige Debatten. Die CSU konnte zwar den aus Vertretern der Länderregierungen bestehenden Bundesrat als föderatives Organ im Grundgesetz durchsetzen, musste sich aber bei der Regelung der Finanzfragen, die zu Ungunsten der Länder ausfiel, geschlagen geben. Deswegen stimmten am 8. Mai 1949 sechs CSU-Mitglieder (mit sechs anderen Abgeordneten) dem im Parlamentarischen Rat ausgehandelten Kompromissentwurf nicht zu, der jedoch mit 53 Stimmen angenommen wurde.

Diese Ablehnung durch die CSU ließ auch für die bevorstehende Ratifizierung des Grundgesetzes durch das bayerische Parlament nichts Gutes erwarten. Vor dieser Abstimmung am 20. Mai 1949 fand im Bayerischen Landtag – der übrigens am 11. Januar 1949 als Mieter in das Maximilianeum eingezogen war – eine aufsehenerregende zweitägige Debatte statt. Waldemar von Knoeringen betonte, die SPD bringe durch die Zustimmung zum Grundgesetz ihre Bereitschaft zum Ausdruck, „Westdeutschland auf dem Boden der Demokratie aufzubauen“. Er bewertete das Grundgesetz als entscheidenden Beitrag auf dem

Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, dessen Wirkung umso eindrucksvoller sei, je geschlossener die Zustimmung dazu ausfalle. Bei der Abstimmung stimmten alle Abgeordneten der SPD für das Grundgesetz, die Landtagsmehrheit mit 101 Stimmen jedoch dagegen. Die zweite Abstimmung über die Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes für den Fall des Zustandekommens der notwendigen Zweidrittelmehrheit in den anderen Länderparlamenten erachtete die SPD-Fraktion nach ihrem eindeutigen Votum für sich als überflüssig und enthielt sich aus Protest der Stimme (Ergebnis: 97 Jastimmen, 70 Enthaltungen und 6 Neinstimmen).

Bei der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949 gehörte die CSU mit nur noch 29,2 Prozent der abgegebenen Stimmen zu den Verlierern. Die großen Sieger hießen Bayernpartei und WAV mit 20,9 bzw. 14,4 Prozent. Doch auch die SPD hatte gegenüber der Landtagswahl von 1946 (damals 28,6 Prozent) Stimmenverluste zu verzeichnen (nunmehr 22,8 Prozent). Knoeringen musste in einer Wahlanalyse feststellen: „Die SPD ist bis zum Augenblick noch keine Volkspartei, die die breiten Massen des arbeitenden Volkes gewonnen hat.“

Nur 18 der 78 bayerischen Abgeordneten im ersten Deutschen Bundestag gehörten der SPD an. Von ihren 11 Direktmandaten wurden drei von Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion gewonnen: Franz Marx (München-Ost), Matthäus Herrmann (Bayreuth) und Arno Behrisch (Hof). Über die Landesergänzungsvorschläge kamen neben der späteren Bundesfami-

Hitzige Debatten  
um die bundesstaatliche  
Ordnung

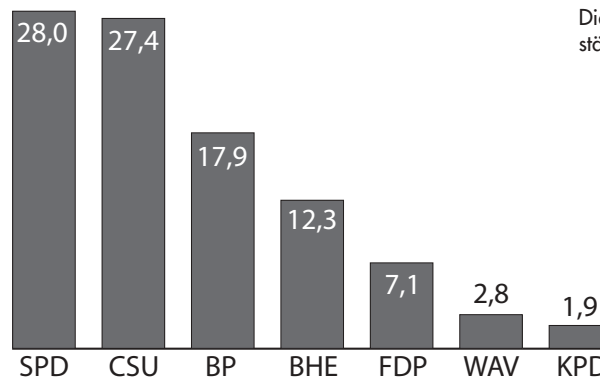
## Zweiter Bayerischer Landtag 1950: erneute Koalition mit der CSU

lienministerin Käte Strobel aus Nürnberg auch die SPD-Landtagsabgeordneten Valentin Baur aus Augsburg und Waldemar von Knoeringen in den Bundestag. Der in Rosenheim angetretene SPD-Landesvorsitzende behielt als Einziger sein Landtagsmandat und wurde in Bonn zudem in den Fraktionsvorstand gewählt. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Ende 1950 gab Knoeringen aber am 3. April 1951 sein Bundestagsmandat wegen der zu großen Arbeitsbelastung wieder auf.

Kurz nach der Bundestagswahl musste die bayerische SPD den Verlust einer großen politischen Persönlichkeit beklagen: Albert Roßhaupter starb am 14. Dezember 1949 und wurde in Olching beerdigt. Im Nachruf des Landesvorstandes der SPD heißt es:

*„Seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Rat und seine Mitarbeit am Bonner Grundgesetz war seine letzte politische Funktion, die er im Auftrag seiner Partei ausgeübt hat. Als handelnder Politiker hat er drei Staatsumwälzungen miterlebt und hat noch teilgenommen an der Schaffung eines neuen Staates auf den Trümmern der nationalsozialistischen Welt. So ist Albert Roßhaupter nicht nur ein Symbol der geschichtlichen Entwicklung der Sozialdemokratie, sondern auch ein Wegbereiter in die Zukunft.“*

Das schlechte Abschneiden der CSU bei der Bundestagswahl 1949 wiederholte sich am 26. November 1950 bei der Landtagswahl in Bayern: Sie erhielt aufgrund der starken Gewinne der Bayernpartei und der neuen Flüchtlingspartei Deutsche Gemeinschaft/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DG/BHE) nur noch 27,4 Prozent. Die SPD dagegen wurde mit 28,0 Prozent der abgegebenen Stimmen (63 Sitze) stärkste Partei. Infolge von zwei Überhangmandaten stellte die CSU jedoch am Ende einen Abgeordneten mehr als die SPD, so dass die Initiative zur Regierungsbildung beim bisherigen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden (seit 1949) Hans Ehard lag.



Die SPD wird Bayerns stärkste Partei!

Landtagswahl 1950: SPD wird stärkste Partei in Bayern. Durch zwei Überhangmandate erhält die CSU dennoch die Mehrheit.

CSU-Ehard trotz innerparteilicher Widerstände für Koalition mit der SPD

Obwohl Bundeskanzler Konrad Adenauer, Bundesfinanzminister Fritz Schäffer und nicht zuletzt der bisherige CSU-Kultusminister Alois Hundhammer ein Bündnis mit der Bayernpartei favorisierten, entschloss sich Ehard zu einer Neuauflage der Koalition mit der seiner Ansicht nach verlässlicheren SPD und dem BHE. Auch der SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen setzte sich für eine große Koalition ein, wobei er bei den Verhandlungen seine Bedingung durchsetzen konnte, dass Hundhammer nicht wieder Kultusminister werden sollte. Im Gegenzug lehnte die CSU den von der SPD vorgeschlagenen heimatvertriebenen Schlesier Franz Zdralek als Finanzminister ab, worauf der frühere bayerische Wirtschaftsminister Rudolf Zorn für eine Übergangszeit erneut ins Kabinett eintrat. Am 18. Dezember 1950 stellte Hans Ehard seine neue Regierung vor: Stellvertretender Ministerpräsident wurde wieder Wilhelm Hoegner (diesmal als Innenminister), die anderen sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder waren neben Rudolf Zorn der Ministerialdirektor Richard Oechsle als Arbeitsminister sowie die Staatssekretäre Fritz Koch (Justiz), Eduard Brenner (Kultus) und Johann Maag (Landwirtschaft). Zwei Staatssekretäre stellte der BHE, wobei es gegen Theodor Oberländer, den späteren Bundesminister für Vertriebene, wegen seiner Tätigkeit während des Nationalsozialismus große öffentliche Proteste gab.

Die 63 Mitglieder der SPD-Fraktion, darunter als Neuzugang der 27-jährige Volkmar Gabert, hatten mit Maria Günzl, Rosa Hillebrand, Gertrud Krüger und Eva Narr erstmals auch Frauen in ihren Reihen. In den 14 Landtagsausschüssen dominierten jedoch nach wie vor die Männer. Aus der SPD-Fraktion wur-

den Jean Stock (Rechts- und Verfassungsfragen), Heinrich Stöhr aus Weißenburg (Sozialpolitische Angelegenheiten), der oberpfälzische Gewerkschafter Leopold Hofmann (Besoldungsfragen) und wiederum Friedrich Zietsch (Wahlprüfung) zu Ausschussvorsitzenden gewählt.

Bei der Neuwahl des SPD-Fraktionsvorstandes wechselten der SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen und Jean Stock nun auch offiziell ihre Fraktionsposten, Knoeringen hatte jetzt also beide Führungsämter inne. Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende umriss am 23. Januar 1951 in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten das Profil der SPD im Rahmen der Koalition und betonte dabei besonders die Meinungsunterschiede zur CSU hinsichtlich Schulreform und Lehrerbildung. Die Aufstellung eines Landesentwicklungsplans („Bayernplan“) war eine Kernforderung der SPD aus Oppositionszeiten und sollte von der Regierung zügig in Angriff genommen werden. Im Bereich der inneren Verwaltung setzte Knoeringen wegen der damit verbundenen stärkeren Demokratisierung große Erwartungen in die rasche Verabschiedung der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung.

Diese Kommunalgesetze, die alle unter der Schirmherrschaft von Innenminister Hoegner ausgearbeitet wurden, zählen zur positiven Bilanz der Regierungskoalition. Bei der Abstimmung über die neue Bayerische Gemeindeordnung nahm der Landtag am 21. Dezember 1951 den von Hoegner verfassten Gesetzentwurf (unter anderem mit Volkswahl der Bürgermeister auf sechs Jahre) jedoch nur in Teilen an; das

Die bayerischen Sozialdemokraten im zweiten Kabinett Ehard



Neu im Landtag:  
Volkmar Gabert

von Hoegner vorgesehene demokratische Element eines Volksentscheides auf kommunaler Ebene lehnte die CSU zusammen mit der oppositionellen Bayernpartei ab. (Das „Bürgerbegehren“ wurde erst 1995 durch einen Volksentscheid Wirklichkeit.) Reibungslos verliefen die Verabschiedungen der Landkreisordnung (mit Hoegners Vorschlag der Direktwahl der Landräte) am 6. Februar 1952 und der Bezirksordnung am 7. Mai 1953.

Insgesamt zeichnete sich die zweite Wahlperiode des Bayerischen Landtages durch eine von Pragmatismus gekennzeichnete Regierungspolitik aus, deren Erfolg auf dem harmonischen Gespann der beiden Persönlichkeiten Hans Ehard und Wilhelm Hoegner beruhte. Auch schwierige Situationen wie etwa im Januar 1952 der Rücktritt von CSU-Justizminister Josef Müller wegen einer Parteispendenaffäre oder der Metallarbeiterstreik im August 1954 konnten die Koalition nie gefährden.

Auf schul- und kulturpolitischem Gebiet, vor allem im Bereich der Lehrerbildung, konnte die SPD-Fraktion jedoch aufgrund „des konservativen Grundcharakters bayerischer Politik“ (Zitat aus ihrem Bericht „Halbzeit in der bayerischen Koalition“) so gut wie gar keine Fortschritte erzielen. Diesbezüglich gelangen der SPD erst in der von ihr nach der Landtagswahl 1954 gebildeten Viererkoalition entscheidende Weichenstellungen.

Voraussetzung hierfür war auch, dass sich die bayerische SPD unter Waldemar von Knoeringen verstärkt solchen gesellschaftlichen Gruppierungen öffnete, die bislang nicht zu den traditionellen SPD-Wählern ge-



Die SPD-Landtagsfraktion 1950 bis 1954. Wilhelm Hoegner ist der Fünfte, Waldemar von Knoeringen der Siebte von links.

hört hatten. Nicht zufällig entstand 1952 auf Initiative Knoeringens unter dem Vorsitz des Staatssekretärs und späteren Justizministers Fritz Koch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker. Geschäftsführer dieses Zusammenschlusses war übrigens der junge Amtsgerichtsrat Hans-Jochen Vogel, den Hoegner später als Ministerpräsident mit der Sammlung und Bereinigung des bayerischen Landesrechts betraute.



Aus den 50ern: Der junge Amtsgerichtsrat Hans-Jochen Vogel

## Dritter Landtag 1954: die Viererkoalition und ihr Ende

Die CSU denkt bereits  
ans Alleinregieren ...

Nach der Bundestagswahl des Jahres 1953 rückte die CSU wieder nahe an die absolute Mehrheit heran (Stimmenanteil 47,9 Prozent), während die SPD stagnierte (23,3 Prozent). Die CSU richtete sich daraufhin in Bayern auf das Alleinregieren ein und betonte im folgenden Landtagswahlkampf die alten, auch weltanschaulichen Gegensätze zwischen CSU und SPD. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Knoeringer kämpfte unter dem Schlagwort „Licht übers Land“ mit aufklärerischem Ansatz gegen Konservatismus und Klerikalismus.

Bei der Landtagswahl am 28. November 1954 wurde die CSU stärkste Partei (38,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, 83 Mandate), während die SPD ihr altes Ergebnis nur leicht (auf 28,1 Prozent) steigern konnte. Die Bayernpartei (BP) erreichte 13,2, der Gesamtdeutsche Block (GB)/BHE 10,2 und die FDP 7,2 Prozent der Stimmen.

... doch die Sensation  
ist perfekt:  
die Viererkoalition  
entsteht

Doch statt einer zunächst auch von Knoeringer und Hoegner beabsichtigten Neuaufgabe der Koalition von SPD und CSU – oder auch einer Koalition aus CSU und BP, die starke Kräfte in der CSU favorisierten – kam es zur Bildung einer Viererkoalition aus SPD, BP, GB/BHE und FDP, die im Landtag über 121 Sitze verfügte. Die Initiative zu dieser ungewöhnlichen und bundesweit als Sensation empfundenen Kombination ging von Waldemar von Knoeringer aus. Der wesentliche gemeinsame Nenner der vier Parteien war die Ablehnung der auf den Status quo zielenden kulturpolitischen Positionen der CSU bezüglich Volksschullehrerbildung und Bekenntnis-

Initiator der  
Viererkoalition:  
Waldemar von  
Knoeringer



Ministerpräsident Wilhelm Hoegner an seinem Schreibtisch

schule. Den Kontakt zwischen Knoeringer und der Bayernpartei unter ihrem Vorsitzenden Joseph Baumgartner hatte der ebenfalls an einer Veränderung interessierte Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Wilhelm Ebert, hergestellt. Bereits am 10. Dezember 1954 unterzeichneten die vier Parteien eine zehn Punkte umfassende Koalitionsvereinbarung sowie ein vertrauliches Zusatzprotokoll (darunter Punkt 1: „Die Bayernpartei erklärt, daß sie nicht daran denkt, einen wilden Bajuarismus zu betreiben“).

Am 14. Dezember 1954 wählte der Bayerische Landtag Wilhelm Hoegner mit 112 von 197 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Er bekleidete damit dieses Amt zum zweiten Mal nach 1945. Die SPD stellte mit Friedrich Zietsch den Finanzminister und mit Fritz Koch den Justizminister. Knoeringer, der Architekt der Viererkoalition, trat nicht ins Kabinett ein, blieb aber Vorsitzender der 61 Mitglieder zählenden SPD-Fraktion, zu denen nur drei Frauen (unter ihnen als Neuzugang die spätere kulturpolitische Sprecherin Gerda Laufer aus Würzburg) gehörten. Des Weiteren über-

nahm Knoering den Vorsitz im Landtagsausschuss für Sicherheitsfragen. Jean Stock und Heinrich Stöhr behielten den Vorsitz ihrer Ausschüsse; an der Spitze zweier weiterer Ausschüsse (von insgesamt 16) standen der neu gewählte Landtagsabgeordnete und bisherige Staatssekretär Richard Oechsle (Wirtschaft und Verkehr) und der bereits seit 1946 im Landtag sitzende Schlesier Ewald Bitom (Angelegenheiten der Heimatvertriebenen).

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung Hoegners am 11. Januar 1955 standen kulturpolitische Reformen, vor allem die künftige Ausbildung der Volksschullehrer in „hochschulmäßiger Form“. Weil dieses Reformziel – es stellte die bisher nach Bekenntnissen getrennte Ausbildung der Volksschullehrer in Frage – offensichtlich das Verhältnis zu den großen christlichen Kirchen belasten würde, betonte Hoegner ausdrücklich die Einhaltung des Konkordates und des Kirchenvertrages mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Doch gerade am Widerstand der katholischen Kirche scheiterte dann die Umsetzung des am 14. Juli 1955 beschlossenen neuen Lehrerbildungsgesetzes. Im Januar 1956 entschied Hoegner gegen manche Widerstände in seiner Koalition, die Reform der Lehrerbildung nicht weiterzuverfolgen. So wurde erst nach dem Ende der Viererkoalition ein allerdings nicht mehr den Vorstellungen der SPD-Fraktion entsprechendes Lehrerbildungsgesetz endgültig verabschiedet (am 2. Juni 1958).

In einem 17-Punkte-Programm stellte Wilhelm Hoegner am 17. Januar 1956 im Bayerischen Landtag



Auch so genannte Volksschullehrer sollten nach dem Willen der SPD endlich eine Hochschulausbildung erhalten. Doch erst nach Ende der Viererkoalition konnte das Lehrerbildungsgesetz verabschiedet werden.



Die SPD-Fraktion (1954–1958) stellt sich im Senatssaal des Landtags den Fotografen: Wilhelm Hoegner sitzend in der Mitte, links neben ihm Waldemar von Knoeringen

Regierungsziele:  
Abbau von  
Bodenschätzen,  
Kraftwerksausbau,  
Sozialwohnungen,  
Fremdenverkehr

die Ziele seiner Regierung vor: Mit der Erschließung von Bodenschätzen (insbesondere von Öl und Uran) und dem Ausbau von Kraftwerken (auch dem von Atomkraftanlagen) sollten die Voraussetzungen für die weitere Industrialisierung geschaffen werden. Auch der von Knoeringen bereits Anfang 1951 angeordnete Landesentwicklungsplan fand sich unter den Programmpunkten. Weitere Ziele waren der soziale Wohnungsbau und der Ausbau des Fremdenverkehrs, verbunden mit einem Aufruf zum Naturschutz. Schließlich kündigte Hoegner die Schaffung von Einrichtungen der Politischen Bildung an, um „den demokratischen Gedanken“ in der Bevölkerung unwiderruflich zu verankern.

Kulturpolitische Offensive

Auch und gerade diese kulturpolitische Offensive im Bereich der Politischen Bildung trug zur Erfolgsbilanz der Viererkoalition bei. So war bereits am 11. November 1955 die Errichtung einer Bayerischen Lan-

deszentrale für Heimatdienst beschlossen worden (seit 1964: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), die der Staatskanzlei unterstand. Am 27. Mai 1957 wurde per Gesetz und gegen die Stimmen der CSU die Akademie für Politische Bildung geschaffen, die im Oktober 1958 ihre Arbeit in Tutzing aufnahm. Der im November 1956 dem Landtag vorgelegte „Rucker-Plan“ des Kultusministers war der Beginn einer staatlichen Politik, die Hochschulen und Wissenschaft förderte, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Zusammenhang mit der Vorlage dieses ersten Bedarfsplanes stand auch Hoegners Initiative zur Schaffung eines Wissenschaftsrates, der am 5. September 1957 als ein Bund-Länder-Gremium zur bundesweiten Koordination und Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung errichtet wurde.

Als Hoegner genau ein Jahr nach der Vorlage seines 17-Punkte-Programms im Landtag Bilanz zog, konnte er noch weitere Erfolge nennen. Dazu zählten im Bereich Wissenschaft die Übersiedlung des von Werner Heisenberg geleiteten Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik von Göttingen nach München und die in Aussicht stehende Inbetriebnahme des Forschungsreaktors („Atom-Ei“) in Garching. In jenen Jahren bestand noch ein Grundkonsens über die friedliche Nutzung der Kernenergie – insbesondere die SPD verband damit die Erwartung einer „Zweiten Industriellen Revolution“ (Waldemar von Knoeringen am 6. November 1955 auf der Landeskonferenz in Kempten; siehe im Übrigen auch Kapitel 5). So beschloss der Bayerische Landtag am 9. Juli 1957 trotz der mittlerweile einsetzenden Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr einstimmig das erste Atomgesetz der Bundesrepublik.

Eine sehr persönliche Initiative des Ministerpräsidenten war der mit großer Mehrheit des Landtages am 15. Mai 1957 geschaffene Bayerische Verdienstorden, den Hoegner als Symbol bayerischer Souveränität und Ausdruck der Staatlichkeit Bayerns bezeichnete.

Während der Viererkoalition entschieden sich auch die seit Kriegsende offen gebliebenen territorialen Fragen: Seit dem 1. September 1955 gehörten Stadt und Landkreis Lindau, die nach 1945 zunächst Teil der französischen Besatzungszone gewesen waren, wieder zu Bayern. Dagegen kehrte die seit 1816 zu Bayern zählende linksrheinische Pfalz – seit 30. August 1946 Bestandteil des von der französischen Militärregierung geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz – trotz intensiver Bemühungen aller Ministerpräsidenten nicht nach Bayern zurück. Ein entsprechendes Volksbegehren verfehlte im April 1956 ungeachtet der von Ministerpräsident Hoegner am 31. Januar 1956 vor dem Landtag verkündeten Zusagen („Pfalz-Manifest“) die vorgeschriebene Zahl von 10 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Getrübt wurde die erfolgreiche Arbeit der Viererkoalition durch die so genannte Spielbankenaffäre. Auf Antrag der Koalitionsparteien (federführend war die Bayernpartei) genehmigte der Landtag am 21. April 1955 die Errichtung von Spielbanken in Bayern. Mit der Opposition dagegen stimmten auch zwei sozialdemokratische Abgeordnete und Ministerpräsident Hoegner, der noch 1951 und 1952 als Innenminister einschlägige Anträge hatte abwehren können. Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Konzessionen an die neuen Spielkasinos beantragte die CSU daraufhin den einzigen Untersuchungs-



Mitglieder des Kabinetts der Viererkoalition im Sommer 1956 in Wilhelm Hoegners Urlaubsdomizil im österreichischen Hintersee. Von links: Hans Meinzolt (Staatssekretär), Albrecht Haas (Leiter der Bayerischen Staatskanzlei), Otto Bezold (Wirtschaftsminister), Kurt Eilles (Staatssekretär), Wilhelm Hoegner (Ministerpräsident), Joseph Panholzer (Staatssekretär), August Geislhöringer (Innenminister), Friedrich Zietsch (Finanzminister), Joseph Baumgartner (Landwirtschaftsminister), Karl Weishäupl (Staatssekretär) und Willi Guthsmuths (Staatssekretär)

schuss dieser Wahlperiode, der am 27. Oktober 1955 unter dem Vorsitz von Martin Hirsch (SPD) seine Arbeit aufnahm. Die Korruptionsvorwürfe gegen die beiden Spitzenpolitiker der BP, den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner und den Innenminister August Geislhöringer, konnte der Untersuchungsausschuss in seinem Abschlussbericht vom 20. Mai 1957 jedoch nicht bestätigen. Ihre Aussagen im Untersuchungsausschuss wurden den beiden Ministern, und damit letztlich auch der Bayernpartei, zwei Jahre später zum Verhängnis: Auf erneutes Betreiben der CSU wurde ein politischer Meineidsprozess inszeniert, in dem am 8. August 1959 Baumgartner zu zwei Jahren Zucht-

Korruptionsvorwürfe  
gegen Funktionäre der  
Bayernpartei

Falsches Spiel von „Old Schwurhand“?

haus und Geislhöringer zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Die später in erhebliche Zweifel gezogene Aussage des damaligen CSU-Generalsekretärs Friedrich Zimmermann spielte dabei eine wesentliche Rolle.

Austritt der Bayernpartei aus der Viererkoalition

Der Ausgang des Spielbankenprozesses besiegelte die politische Bedeutungslosigkeit der Bayernpartei. Vorbote hierzu war der in grober Fehleinschätzung der politischen Lage bewusst herbeigeführte, vorzeitige Austritt der BP aus der Viererkoalition. Den Auslöser stellte der sensationelle Ausgang der Bundestagswahl vom 15. September 1957 dar, bei der die CDU/CSU bundesweit mit 50,2 Prozent die absolute Stimmenmehrheit erreichte. Die CSU kam im Freistaat auf 57,2, die SPD auf 26,4 Prozent, während die BP auf 3,2, die FDP auf 4,5 und der GB/BHE auf 6,8 Prozent zurückfielen. Da vor allem die Bayernpartei befürchtete, bei der Landtagswahl 1958 wegen ihrer Koalition mit der SPD abgestraft zu werden, beschlossen am 27. September 1957 Vertreter von CSU, GB/BHE und BP – Letztere allerdings ohne Autorisierung durch Fraktions- oder Parteigremien – einen Vorvertrag über eine neue Koalition. Nach dem Austritt von GB/BHE und BP aus der Regierung trat Ministerpräsident Hoegner am 8. Oktober 1957 von seinem Amt zurück.

Im Oktober 1957 tritt Wilhelm Hoegner zurück



Wahlbrief von Waldemar von Knoeringen

Am 16. Oktober 1957 wählte der Landtag Hanns Seidel (CSU) zum neuen Bayerischen Ministerpräsidenten. Seidel ging entgegen allen Erwartungen keine Koalition mit der Bayernpartei ein, sondern verbündete sich mit GB/BHE und FDP. In der Debatte über die Regierungserklärung schlug Oppositionssprecher Knoeringen am 4. Dezember 1957 im Landtag moderate Töne an: Seidels Programm setze die praktische Arbeit der Viererkoalition fort, die „zu den fruchtbarsten Perioden des Aufbaus nach 1945 zählt“. Für die – wie Knoeringen seinerzeit annahm – nur vorübergehende Zeit der Opposition bot er die konstruktive Mitarbeit der Sozialdemokraten an, mahnte allerdings den „Vorrang der Kulturpolitik auf allen Ebenen“ an.

Am 28. Mai 1958 übergab Waldemar von Knoeringen, der kurz zuvor als stellvertretender Vorsitzender in den SPD-Bundesvorstand gewechselt war, den Vorsitz der Landtagsfraktion an Wilhelm Hoegner. Zum Stellvertreter Hoegners wurde der gebürtige Sudetendeutsche Volkmar Gabert gewählt, der nach der Landtagswahl 1958 auch den stellvertretenden Vorsitz im Landtagsausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen innehatte und sich so für weitere Spitzenfunktionen innerhalb der SPD qualifizieren konnte.

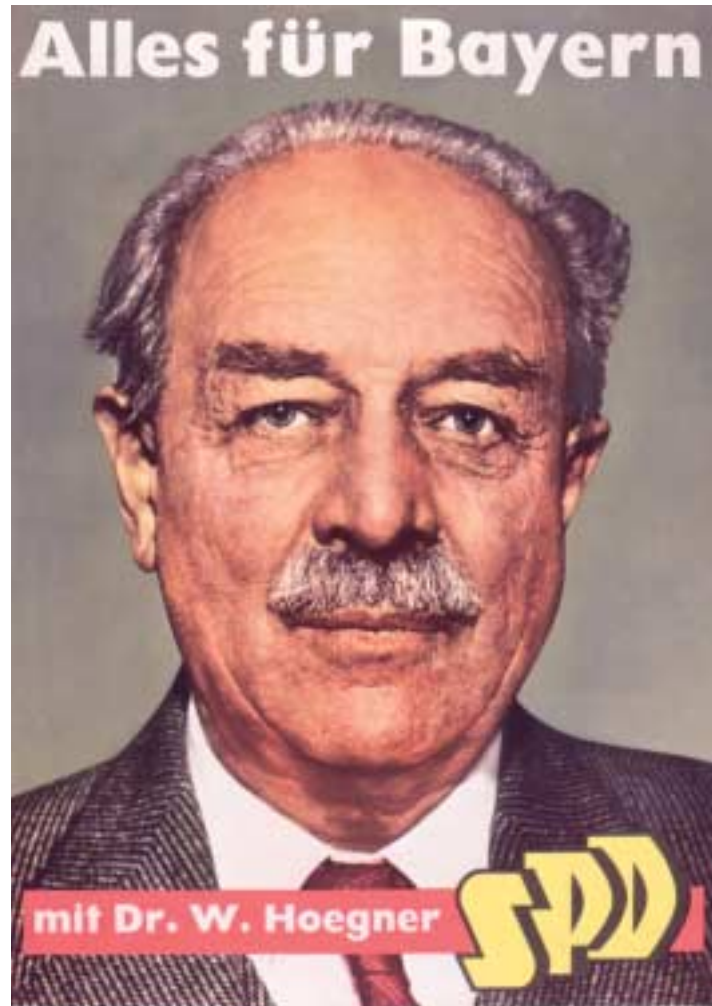
## Bayerische Landtagswahl 1958: SPD wieder in der Opposition

Auch nach der Landtagswahl am 23. November 1958 blieb die bayerische SPD in der Opposition. Sowohl CSU (45,6 Prozent, 101 Sitze) als auch SPD (30,8 Prozent, 64 Sitze) steigerten zwar ihren Stimmenanteil, der am 9. Dezember 1958 wiedergewählte Ministerpräsident Hanns Seidel setzte jedoch die bisherige Koalitionsregierung fort.

Die neu gewählte SPD-Fraktion (erneut nur mit drei Frauen) bestätigte Wilhelm Hoegner als Vorsitzenden und Volkmar Gabert als Stellvertreter. In 4 der 12 Landtagsausschüsse behielten Jean Stock (Verfassungs- sowie Rechtsfragen) und Richard Oechsle (Wirtschaft, Verkehr) den Vorsitz, im Sozialpolitischen Ausschuss ersetzte Karl Weishäupl den im Dezember 1958 verstorbenen Heinrich Stöhr, Wilhelm Hoegner übernahm von Knoering den Ausschuss für Sicherheitsfragen. Auch im Landtagspräsidium hatte es einen Wechsel gegeben: An die Seite von Landtagspräsident Hans Ehard, der das Amt schon seit der Viererkoalition ausübte, rückte als einstimmig gewählter Vizepräsident der Hofer Oberbürgermeister Hans Högn (der bisherige Amtsinhaber Georg Hagen war kurz vor der Landtagswahl verstorben).

In der Aussprache nach Seidels Regierungserklärung erinnerte Hoegner am 28. Januar 1959 an den destruktiven Konfrontationskurs der Opposition zu seinen Regierungszeiten, den er seinerseits aber nicht fortsetzen wolle:

*„Wir Sozialdemokraten werden die Regierung Seidel unterstützen, soweit sie gewillt ist, die Rechte Bayerns zu wahren, den kulturellen und sozialen*



Wahlplakat aus dem Jahr 1958

*Fortschritt zu fördern, eine unparteiische Justiz zu gewährleisten und überhaupt im Geiste der demokratischen Bayerischen Verfassung zu regieren.“*

Neuorganisation  
der Bundes-SPD



Der langjährige  
Fraktionsvorsitzende  
Volkmar Gabert war  
unter Hoegner  
Fraktionsvize.



Das Wahlziel wurde nur teilweise erreicht: Der frühere Kulturminister Alois Hundhammer (CSU) wurde nach der Landtagswahl 1958 nur noch Landwirtschaftsminister.

Die Arbeit der SPD-Fraktion ist in den jährlichen Arbeitsberichten dokumentiert. Nur ein Beispiel: Im Jahresbericht für das Jahr 1959 sind 34 Fraktionsvorstandssitzungen notiert, 43 Fraktionssitzungen, 9 Arbeitstagungen, 301 Sitzungen in den 12 Ausschüssen sowie 37 Plenumsitzungen. Im Berichtszeitraum reichte die SPD-Fraktion 14 Gesetzentwürfe, 6 Dringlichkeitsanträge, 41 Anträge der Fraktion, 87 Einzelanträge von Abgeordneten, 25 interfraktionelle Anträge, 24 schriftliche und 29 mündliche Anfragen sowie zwei Interpellationen ein.

## Die bayerische SPD und das Godesberger Programm

Das für die SPD verheerende Ergebnis der Bundestagswahl 1957, bei der die Union – bisher einmalig in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland – mehr als 50 Prozent der Stimmen erhielt, hatte nicht nur das Ende der Viererkoalition in Bayern zur Folge, sondern führte auch zu weitreichenden Veränderungen innerhalb der Gesamt-SPD. Ihr Vorsitzender Erich Ollenhauer, der seit dem Tod von Kurt Schumacher 1952 die Partei führte (bis 1963), änderte nach langem Zögern die Führungsstruktur, indem der geschäftsführende Vorstand in der legendären Bonner Parteizentrale („Baracke“) durch ein elfköpfiges Präsidium ersetzt wurde. Auf dem Stuttgarter Parteitag von 1958 kam überdies Willy Brandt in den Parteivorstand, nachdem er auf den Parteitagen 1954 und 1956 (in München) noch „durchgefallen“ war. Stellvertretende Parteivorsitzende wurden in Stuttgart Herbert Wehner, der sich zum eigentlichen Parteiführer entwickelte, und Waldemar von Knoeringen (bis 1961).

Knoeringen leistete einen wesentlichen Beitrag zur großen programmatischen Wende der SPD, die mit den strukturellen und personellen Veränderungen Hand in Hand ging. Er wirkte bei den kulturpolitischen Aussagen des neuen Grundsatzprogramms mit und verteidigte dieses Programm zusammen mit Herbert Wehner auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg (13.–15. November 1959). Das dort beschlossene „Godesberger Programm“ bedeutete den Abschied von der bisherigen Orientierung an Klassenkampf und Marxismus. Konkret stellte das neue Programm ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur Westorientierung und zur vorsichtigen

## Fünfter Bayerischer Landtag 1962: Generationswechsel in der SPD

Öffnung nach Osten dar. In wirtschaftsprogrammatischer Hinsicht bestätigte es den Sonderweg, den die bayerische SPD bereits zehn Jahre früher vor allem unter dem Einfluss von Rudolf Zorn und seinem Modell der „regulierten Marktwirtschaft“ beschritten hatte.

Auch Wilhelm Hoegner fühlte sich durch das Godesberger Programm mit seinen früheren Äußerungen anerkannt. Das galt in besonderer Weise für seine Forderung nach einer sozialdemokratischen Volkspartei und hinsichtlich seines Kampfes für eine föderalistische Gliederung der Bundesrepublik: Der zentralistische Einheitsstaat wird im Godesberger Programm ausdrücklich abgelehnt.

In Bayern hatte der Landtag am 26. Januar 1960 den seit 1954 amtierenden Landtagspräsidenten Hans Ehard zum Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Ministerpräsidenten Hanns Seidel gewählt. Als Ehard ein Jahr später, am 17. Januar 1961, eine Regierungserklärung abgab, unterstrich der SPD-Fraktionsvorsitzende Hoegner in seiner Antwort am 7. Februar 1961 die Gemeinsamkeiten von Regierung und sozialdemokratischer Landtagsopposition.

Nach der Bundestagswahl am 17. September 1961, bei der die SPD mit Willy Brandt erstmals – allerdings vergeblich – mit einem eigenen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers angetreten war, bemühte sich

Auch Hans Ehard wird zum zweiten Mal Ministerpräsident



SPD-Parteitag 1959: Godesberger Programm



Waldemar von Knoeringen

Schaffung des  
Landesrates im  
November 1961

auch die bayerische SPD um eine stärkere Personalisierung. So wurde im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl am 18. November 1961 ein Landesrat mit zwölf sozialdemokratischen Persönlichkeiten vorgestellt. An seiner Spitze standen der Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen, der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Hoegner und sein Stellvertreter Volkmar Gabert; ferner gehörten dem Gremium Landtagsabgeordnete an, die über Regierungserfah-

rung verfügten, so Richard Oechsle, Friedrich Zietsch, Johann Maag und Gerda Laufer; als Repräsentant des Bayerischen Senats fungierte Ludwig Linsert, der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes; die Städte waren durch vier Oberbürgermeister vertreten: Hans-Jochen Vogel (München), Andreas Urschlechter (Nürnberg), Rudolf Schlichtinger (Regensburg) und Hans Högn (Hof).

Diese Personalisierung der Landespolitik ging mit einer durch Waldemar von Knoeringen angeregten anspruchsvollen programmatischen Erneuerung einher, die auch über den Wahltag hinaus Bestand haben sollte. Das „Bayernprogramm“ – es umfasste unter der Überschrift „Mehr Gerechtigkeit“ 108 Seiten und enthielt 20 pointiert zugespitzte Forderungen – präsentierte die SPD am 4. April 1962 der Öffentlichkeit. Im Vorwort schrieb Knoeringen:

*„Demokratie ist mehr als Stimmabgabe am Wahltag. Der einzelne Bürger – und das ist neu an unserem Beginnen – soll bereits bei der Entwicklung konkreter Vorschläge mitwirken können. Wir haben uns deshalb für einen Programmentwurf entschieden, der eine offene Diskussionsgrundlage sein soll für das Gespräch mit jedermann.“*

Bei der Landtagswahl am 25. November 1962 wurden die Bemühungen der bayerischen SPD nur teilweise belohnt. Zwar konnte sie den stärksten Stimmenzuwachs seit 1946 verzeichnen, nämlich um 4,5 auf nunmehr 35,3 Prozent (79 Sitze). Aber die CSU erreichte trotz einer bescheidenen 1,9-prozentigen Stimmensteigerung mit 47,5 Prozent die absolute Parlamentsmehrheit von 108 Sitzen. Obwohl sie allein hätte re-

gieren können, nahm die CSU die zusammengeschrumpfte Bayernpartei (8 Abgeordnete) mit in die Regierung. Von den bisherigen Koalitionspartnern FDP (9 Sitze) und BHE war Letzterer gar nicht mehr im Landtag vertreten.

Für die SPD-Landtagsfraktion bedeutete diese Wahl eine große Zäsur: 25 ihrer 79 Abgeordneten zogen erstmals in den Landtag ein. Zudem lag ein Wechsel in der Führung nahe, da der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Hoegner bereits 75 Jahre alt war. Sein unumstrittener Nachfolger wurde Volkmar Gabert (siehe nächstes Kapitel); Hoegner wiederum übernahm nun die wichtigste parlamentarische Funktion, die die SPD damals zu vergeben hatte: das Amt des Landtagsvizepräsidenten.

Der Generationswechsel wurde aber auch in der Landespartei vollzogen. Bereits vor der Landtagswahl 1962 hatte Knoeringer sich entschlossen, das Amt des Landesvorsitzenden abzugeben. Da sich die Personalunion von Landes- und Fraktionsvorsitz bewährt hatte, konnte er vor der am 28./29. September 1963 in Landshut stattfindenden 14. Landeskonferenz den sich zunächst sträubenden Volkmar Gabert für die Kandidatur gewinnen. Auf dem Parteitag konnte sich der jüngere Gabert gegen den früheren Minister Friedrich Zietsch durchsetzen und blieb bis zum Jahr 1972 SPD-Landesvorsitzender.

Für einen harmonischen Übergang sorgte auch Wilhelm Hoegner, der bereits seit 1958 als stellvertretender SPD-Landesvorsitzender amtiert hatte und nun für weitere vier Jahre seine Erfahrungen einbrachte. Auch Knoeringer arbeitete weiter im Landesvorstand

mit und konzentrierte sich ganz auf den Bereich der Gesellschafts- und Kulturpolitik. Weitere eigenverantwortliche Vorstandsmitglieder wurden Willi Reiland (Arbeitsbereich Jugendpolitik), Hans-Jochen Vogel (Kommunalpolitik), Johann Maag (Agrarpolitik), Karl Weishäupl (Sozialpolitik und Gesundheitswesen) und Richard Oechsle (Arbeit und Wirtschaft). Mit Gabert an der Spitze wurde also die bisher stark von der Person Knoeringers geprägte Führung des Landesverbandes durch eine eher kollektive Führung abgelöst.

Der Waldemar-von-Knoeringer-Preis wurde 1981 von der Georg-von-Vollmar-Akademie gestiftet. Die bayerische Sozialdemokratie zeichnet mit ihm besondere Leistungen in Politik, Bildung, Wissenschaft, Journalismus, schriftstellerischer und anderer künstlerischer Tätigkeit aus, die den Zielen des demokratischen Sozialismus und der Tradition der Arbeiterbewegung entsprechen. Der Preis wurde bisher 14 Mal verliehen, Preisträger sind Georg Leber (siehe Foto), Hans-Peter Dürr, Hans Koschnick, Helga Grebing, Dieter Hildebrandt, Richard Löwenthal, Volkmar Gabert, Karl Anders und Emil Werner, Hermann Glaser, Peter Glotz, Senta Berger, Max Mannheimer, Käthe Strobel und Hans-Jochen Vogel.



Preisverleihung an Georg Leber (von links: Holger Börner, Renate Schmidt, Georg Leber, Hedda Jungfer, Ulrike Mascher)